

Mehr BAföG – mehr Zukunft

Wort gehalten

Das BAföG wird deutlich erhöht und ausgeweitet. Mit dem Beschluss zur 22. BAföG-Novelle hat der Deutsche Bundestag am 16. November 2007 den Weg für die Erhöhung frei gemacht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Erhöhung der BAföG-Fördersätze um 10 Prozent und der Einkommensfreibeträge um 8 Prozent in der Koalition durchgesetzt. Das ist ein großer Erfolg für die SPD und die Einlösung eines Versprechens von Peter Struck und Kurt Beck an die jungen Menschen im Land: wir wissen, dass die Chance auf höhere Bildung zugleich über die Chancen einer selbstbestimmten und erfolgreichen Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe entscheidet. Chancengleichheit für alle beim Zugang zu höherer Bildung ist und bleibt Ziel und Maßstab unseres bildungspolitischen Handelns. Dies ist eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir haben die BAföG-Erhöhung im Bundestagswahlkampf 2005 versprochen und nun Wort gehalten.

SPD setzt mehr BAföG für mehr Studierende und Schülerinnen und Schüler durch.

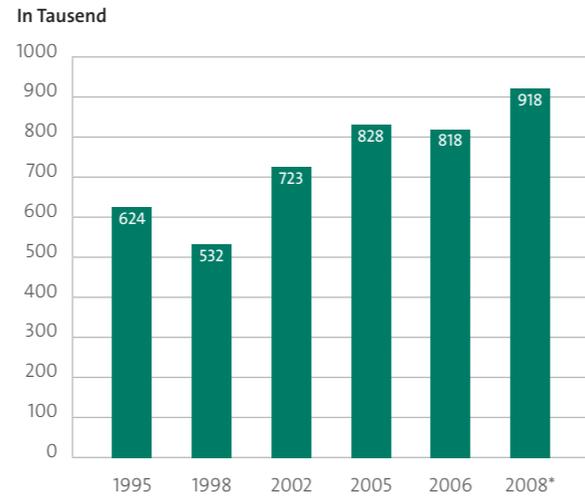
Wir brauchen ein leistungsfähiges BAföG

Deckung des Lebensunterhaltes: BAföG soll den Lebensunterhalt für bedürftige Auszubildende hinreichend sichern. Dazu reichen die letztmalig im Jahr 2002 erhöhten BAföG-Sätze nicht mehr aus.

Gegen die Auszehrung des BAföG: Inflation und die Einkommensentwicklung haben seit 2002 dazu geführt, dass immer mehr tatsächlich Förderbedürftige aus dem BAföG-Anspruch

herausfallen. Die seit 2004 sinkende Gefördertenquote von derzeit knapp 25 Prozent und die 2006 mit 818.000 erstmals wieder fallende Zahl der BAföG-Empfänger sind Warnzeichen für eine schleichende Auszehrung des BAföG.

BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007
* 2008 geschätzt (etwa 100.000 neue Empfängerinnen und Empfänger laut BMBF)

Dementsprechend hat der 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung im Januar 2007 einen erheblichen Handlungsbedarf festgestellt. Es wurde ein Anpassungsbedarf sowohl bei den Bedarfssätzen von 10,3 Prozent als auch bei den Einkommensfreibeträgen um 8,7 Prozent berechnet. Auch die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zur Lage der Studierenden vom Juni 2007 belegt, dass BAföG-Empfänger zunehmend ihren Lebensunterhalt ergänzend durch Jobs bestreiten müssen, mit entsprechenden Auswirkungen auf Studienleistungen und -dauer.

Studien: Leistungsfähigkeit des BAföG muss verbessert werden.

Sicherung der Chancengleichheit

Weiterhin ist die soziale Selektivität unseres Bildungssystems ungebrochen. Nach der 18. Sozialerhebung des DSW sind die Chancen auf ein Hochschulstudium für Kinder aus Beamten- oder Selbständigenfamilien weiterhin drei- bis viermal höher als für Kinder aus Arbeiterfamilien. Von 100 Kindern erreichen immerhin 83 Kinder aus Akademikerfamilien ein Hochschulstudium, aber nur 23 aus Nicht-Akademikerfamilien. Auch die OECD beklagt in ihren jährlichen Studien „Bildung auf einen Blick“, dass in keinem anderen Industrieland die Bildungschancen so eng mit der sozialen Herkunft verknüpft sind, wie in Deutschland.



Die SPD lehnt Studiengebühren für das Erststudium ab.

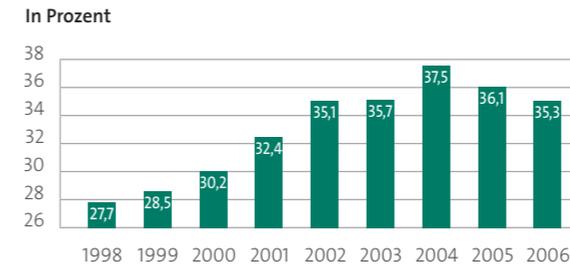
Die Einführung von Studiengebühren in einigen unionsregierten Ländern hat diese soziale Schieflage noch verschärft. Studiengebühren bleiben bildungspolitisch ein Irrweg und schrecken insbesondere Auszubildende aus sozial schwachen Familien von einem Studium ab. Die SPD lehnt Studiengebühren für das Erststudium ab.

Transparenz in der Bildungsfinanzierung

Die erhöhte Unsicherheit in der Studienfinanzierung durch Studiengebühren sowie der in ihren Folgen zunächst unübersichtlichen neuen Kreditangebote (u.a. KfW-Bank) wirken sich auf viele junge Menschen abschreckend aus.

Studienanfängerquote in Deutschland

Anteil der Studienanfänger am jeweiligen Altersjahrgang



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007

Entsprechend ist die Studienanfängerquote seit 2005 rückläufig. Sie ist 2006 mit 35,3 Prozent wieder auf das Niveau von 2003 zurückgefallen. Die rot-grüne Koalition konnte diese Quote von 27,7 in 1998 bis auf 37,5 Prozent in 2004 noch steigern. Der neuerliche Rückgang gefährdet damit unser Ziel, diese Quote auf 40 Prozent zu steigern.

Förderung des Fachkräftenachwuchses

Deutschland steuert auf einen besorgniserregenden Fachkräftemangel zu. Die seit 2005 erstmals wieder rückläufige Studienanfängerquote und die 2006 erstmals gesunkene Förderung im so genannten Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) sind alarmierende Signale. Zudem sinken auch die absoluten Studienanfängerzahlen, allein von 2003 bis 2006 von 377.500 auf 345.000 (- 8,6 Prozent). Um unseren Fachkräftenachwuchs zu sichern, müssen wir unsere Bildungspotenziale im Land aber deutlich besser nutzen, die Weiterbildung ausbauen, die Frauenförderung verbessern und vor allem die soziale Selektivität unseres Bildungssystems überwinden.

BAföG ist auch eine Antwort auf den Fachkräftemangel und sichert unsere Innovationskraft.

Allein ein leistungsfähiges, attraktives und bedarfsgerechtes BAföG kann einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit, mehr Transparenz und mehr Fachkräftenachwuchs leisten.

Wie viel mehr? – Was ändert sich wann?

Kernbestand der 22. BAföG-Novelle sind deutliche Leistungsverbesserungen und eine erhebliche Ausweitung des BAföG-Anspruchs.

Zum Wintersemester 2008/2009 tritt in Kraft:

10 Prozent mehr BAföG: Die Bedarfssätze werden um 10 Prozent erhöht, so dass

- der Grundbedarf für Studierende von 333 auf 366 Euro (Universität, FH) bzw. 310 auf 341 Euro (u. a. Abendgymnasien und Kollegs) und

- die Regelförderbeträge für Schülerinnen und Schüler von 192 auf 212 Euro (u. a. Berufsfachschulen) bzw. von 348 auf 383 Euro (u. a. Fachoberschulen) steigen;

- die Beträge für den Wohnbedarf, die Mietzuschläge und die Zuschläge für die Kranken- und Pflegeversicherung entsprechend steigen und somit

- der Förderhöchstbetrag für Studierende von 585 auf 643 Euro, für Schülerinnen und Schüler von 536 auf 590 Euro erhöht wird.

8 Prozent höhere Einkommensfreibeträge: Damit steigt

- der so genannte „große“ Elternfreibetrag von 1440 auf 1555 Euro, der Freibetrag für den Ehepartner von 480 auf 520 Euro.

- der Freibetrag für weitere unterhaltspflichtige Kinder von 435 auf 470 Euro.

- im Ergebnis die Einkommensgrenze, bis zu der ein BAföG-Anspruch besteht. Etwa 100.000 Studierende und Schüler werden zum Wintersemester 2008/2009 zusätzlich erstmals BAföG erhalten.

- 400 Euro hinzu verdienen:** die Obergrenze, bis zu der ohne Anrechnung auf das BAföG hinzuverdient werden darf, wird auf 400 Euro monatlich angehoben (Minijob). Das ist eine überfällige Anpassung an die Lebenswirklichkeit und holt viele Studierende aus einer belastenden rechtlichen Grauzone.

- Pauschale Auslandsreisekosten als Normalförderung:** Die Auslandszuschläge und Auslandsreisekosten werden künftig pauschal (weniger Bürokratie) gefördert und in die Normalförderung überführt (hälftig Zuschuss, hälftig Darlehen). Es bleibt bei einem zusätzlichen Zuschuss zu Auslandsstudiengebühren von höchstens 4.600 Euro und für längstens ein Jahr. Die Förderung von Auslandspraktika wird erleichtert und ausgeweitet.



Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit Verkündung des Gesetzes, voraussichtlich zum 01.01.2008, tritt in Kraft:

Mehr BAföG für Familien: Der neue Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste und je 85 Euro für jedes weitere Kind wird einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung leisten. Der Zuschlag wird bedarfserhöhend eingerechnet und als Vollzuschuss geleistet, d.h. er kommt in der Regel voll bei den Studierenden an, ohne dass sich die Darlehensschuld erhöht.

Dafür entfällt mit einer Übergangszeit von zwei Jahren die Möglichkeit des Kinderteilerlasses bei der Darlehensrückzahlung.

Erweiterte Förderung von Migranten: Zur besseren Integration von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die lange in Deutschland leben und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, wird auf die bisher vorausgesetzte Mindestberufszeit von drei Jahren der Eltern verzichtet. Die Steigerung der Bildungschancen junger Migranten ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und ein wichtiges Instrument im Rahmen des nationalen Integrationsplans der Bundesregierung.

Komplette Förderung für ein Auslandsstudium: BAföG-Empfänger können ihre Förderung bereits ab dem ersten Semester auch für ein Studium im EU-Ausland oder in der Schweiz verwenden. Die bisher geforderte „Orientierungsphase“ von einem Jahr in einem inländischen Studiengang entfällt.

Was ändert sich dank der SPD nicht?

Die SPD- Bundestagsfraktion hat sichergestellt, dass

- es beim hälftigen Zuschuss in der Normalförderung bleibt. Das BAföG wird nicht auf ein Volldarlehen umgestellt, wie es von Union und FDP favorisiert wird.
- es bei der Darlehensobergrenze von 10.000 Euro bleibt. Damit ist weiterhin die volle finanzielle Planungssicherheit für alle BAföG-Geförderten gewährleistet.
- die elternunabhängige Förderung des zweiten Bildungsweges nicht eingeschränkt wird. Die von der Bundesbildungsministerin zur Gegenfinanzierung vorgeschlagenen Mindestberufszeiten von vier bzw. fünf Jahren etwa für Auszubildende an Abendgymnasien oder Kollegs werden nicht eingeführt. Es bleibt bei der geltenden Rechtslage.

Warum die SPD die BAföG-Partei ist

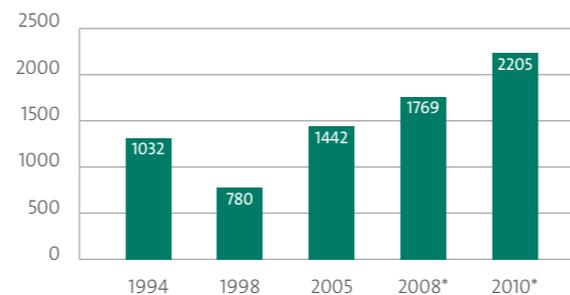
Zwei Fakten zur Antwort: Unter Regierungsverantwortung der SPD

- konnte 1998 bis 2005 die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und Empfänger um +56 Prozent erhöht werden. Inklusive der aktuellen 22. BAföG-Novelle wird die Steigerung bis 2010 sogar bei etwa +73 Prozent liegen (zum Vergleich: unter Minister Jürgen Rüttgers hat die Union allein von 1994-1998 hier ein Minus von 23 Prozent zu verantworten).
- konnten 1998 bis 2005 die Mittel des Bundes um +85 Prozent gesteigert werden, inklusive der 22. BAföG-Novelle wird der Zuwachs bis 2010 sogar bei +183 Prozent liegen (auch hier hat die Union von 1994-1998 ein Minus von -24 Prozent aufzuweisen).

Unter SPD +73% mehr BAföG-Geförderte und +183% mehr Bundesmittel für BAföG.

BAföG-Mittel des Bundes

In Millionen Euro, ab 2000 inkl. Darlehensanteil



Quelle: 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung und BMBF
* 2008/2010 Soll sowie Schätzungen Darlehensanteil

Der Bund wird für die 22. BAföG-Novelle pro Jahr bei voller Wirksamkeit über 300 Mio. Euro zusätzlich aufwenden. Unter SPD-Regierungsverantwortung werden die Bundesmittel damit von 780 Millionen (1998) auf dann 2,2 Milliarden Euro in 2010 steigen.

Man sollte sich also keiner Illusion hingeben: ohne die SPD im Deutschen Bundestag hätte eine schwarz-gelbe Regierung das BAföG abgeschafft und durch ein Stipendien- und Kreditsystem ersetzt, wie es Bundesministerin Annette Schavan noch im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 angekündigt hatte. Es kam anders. Es war die SPD, die das BAföG im Koalitionsvertrag gesichert und damit die Umstellung auf ein Volldarlehen bereits frühzeitig verhindert sowie die Weichen in Richtung der jetzigen BAföG-Erhöhung gestellt hat.

Wir sind sicher, dass der für 2010 vorgesehene nächste BAföG-Bericht der Bundesregierung die positiven Wirkungen dieser sozialdemokratisch geprägten BAföG-Novelle klar dokumentieren wird. Die 22. BAföG-Novelle belegt einmal mehr: Die SPD steht für ein leistungsstarkes und sozial ausgewogenes BAföG – und nur daran wollen und werden wir uns messen lassen.

Materialien

- BAföG-Server unter www.das-neue-bafoeg.de
- 17. BAföG-Bericht auf www.bundestag.de unter Drucksachen-Nr. 16/4123
- 18. Sozialerhebung des DSW auf www.sozialerhebung.de
- OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2007“ unter www.bmbf.de/de/10841.php

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS: © KLAUS VYHNÁLEK (TITEL) PHOTOCASE.COM - ANDREAS FRANKE (S. 3), DRAGON30 (S. 6)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Mehr BAföG – mehr Zukunft

Chancengleichheit für alle

www.spdfraktion.de

